Metzer Zeitung

Ausgabestelle und Anzeigenannahme: Römerstraße 23 (Ecke). Redaktion und Geschäftsstelle: Partserstraße 4 (Fort Mosel).

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit der unentgeltlichen illustrierten Beilage „Sonntagsblatt". Bezugspreis vierteljährlich (im Voraus zahlbar) im Gebiete der deutschen Postverwaltung Mark 2.80; mit dem Beiblatt „Metzer humoristische Blätter" Mark 3.40. — Fürs Ausland Mark 7.50 bezw. 8.10.

Anzeigen: die einfache Petitzeile 20 Pfg. Reklamen: die Petitzeile in Textbreite 50 Pfg.

Nr. 42. Metz, Freitag, den 20. Februar 1914 XXXXIV. Jahrgang.

Das Neueste vom Tage.

In der Kapelle im Palais der verstorbenen Prinzessin Wilhelm von Baden in Karlsruhe fand gestern Vormittag 11 Uhr ein Trauergottesdienst statt, dem der deutsche Kaiser mit den erschienenen Fürstlichkeiten beiwohnte. Der Kaiser nahm mittags Meldungen entgegen. Der Tee wurde beim Großherzogspaar im Palais eingenommen. Der Kaiser machte dann dem preußischen Gesandten von Eisendreher und im Anschluß hieran dem Kommandierenden General von Hoeningen gen. Hüne einen Besuch. Abends speist der Kaiser im Residenzschloß.

Die Finanzkommission der Reichsduma hat sich für die Abschaffung des Paßzwanges für Auslandsreisende ausgesprochen.

Der Landrat des Kreises Prenzlau, Freiherr v. Maltzahn, ist zum Oberpräsidialrat in Potsdam als Nachfolger des Grafen von Rödern ernannt worden.

Der sächsische Kronprinz ist seit Donnerstag an einer Halskrankheit erkrankt und genötigt das Bett zu hüten. Prinz Friedrich Christian leidet an Heiserkeit und ist daher am Ausgehen verhindert.

Der Gesundheitszustand des Königs der Belgier ist so gut, daß die Ausgabe weiterer Krankheits-Berichte unnötig ist.

Der Prinz zu Wied traf gestern früh 5¾ Uhr von London kommend in Paris ein. Um 10 Uhr stattete er dem deutschen Botschafter Frhrn. v. Schoen einen längeren Besuch ab und sprach dann beim Minister des Aeußern, Doumergue vor. Gegen 12 Uhr wurde der Prinz vom Präsidenten Poincaré empfangen, der ihm zu Ehren ein Frühstück gab. Am Nachmittag stattete der Prinz zu Wied dem österreichisch-ungarischen Botschafter sowie dem russischen und englischen Botschafter Besuche ab und gab bei dem italienischen Geschäftsträger sowie bei den übrigen Botschaftern seine Karte ab. Auch bei dem Präsidenten des Senats und der Kammer fuhr der Prinz vor. Sodann erschien der Prinz bei dem deutschen Botschafter zum Tee. Abends erfolgte die Abreise nach Neuwied.

Die Prinzessin zu Wied ist gestern Vormittag 7.40 Uhr auf dem Kölner Hauptbahnhof eingetroffen und hat um 8,20 Uhr die Weiterreise nach Neuwied angetreten. Die albanische Deputation unter Führung Essad Paschas traf gestern Morgen 10 Uhr in Köln ein und begab sich ins Excelsiorhotel, wo sie vorläufig wohnt. Am Samstag reist die Kommission nach Neuwied.

Mehreren Pariser Blättern zufolge beschloß das Kriegsministerium, daß wegen des Gesundheitszustandes der Armee diesmal nur eine ganz geringe Anzahl von Frühjahrsbeurlaubungen gewährt werden solle, um die Soldaten keinen Reiseanstrengungen auszusetzen und gleichzeitig die Verbreitung von Krankheitskeimen hintanzuhalten.

Nach einer dem französischen Ministerium des Aeußern in Paris zugekommenen Depesche aus Port-au-Prince wurden der dortige französische Vicekonsul Ottavi und noch ein anderer Franzose von Soldaten der revolutionären Partei auf der Straße angegriffen. Die haitianische Regierung hat dem französischen Gesandten, der die Bestrafung der Schuldigen verlangte, ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen.

Die „Neue Freie Presse" meldet aus Valona: Wie jetzt bekannt wird, hat der zum Tode verurteilte Major Bekir Aga einen Fluchtversuch unternommen, der aber verhindert wurde. Die holländischen Offiziere hatten in Erfahrung gebracht, daß Bekir Aga seinen Wächtern eine Belohnung von tausend türkischen Pfund versprochen hatte, wenn sie seine Flucht begünstigten. Die Wächter wurden von Gendarmen verhaftet und legten ein volles Geständnis ab. Es wurde die Ueberführung Begirs und seiner Komplizen nach Skutari verfügt. Die Wächter befinden sich in Valona in Haft.

In Mukden wurde das Zweigbureau einer Organisation entdeckt, die eine dritte Revolution vorbereitet. Die Urheber der Bewegung scheinen die gleichen Leute zu sein, welche die letzte Revolution angestiftet haben.

Der brasilianische Präsident Hermes da Fonseca prühkte mit seinem militärischen Gesolge und dem Marineminister an Bord des deutschen Kriegsschiffes „Kaiser".

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 19. Februar.

Am Bundesratstische: Staatssekretär Dr. Lisco, Ministerialdirektor Delbrück und andere.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1.05 Uhr. Die zweite Beratung des Etats des Reichsjustizamts wird fortgesetzt. Zur Besprechung steht zum Titel „Staatssekretär" nur noch der Fall der Witwe Hamm.

Abg. Pittmann (Soz.): Es handelt sich hier nicht um eine Parteisache, sondern um eine Sache der Menschlichkeit, die uns alle gleich angeht. Von der Unschuld der unter dem Verdacht der Beihilfe der Ermordung ihres Mannes verurteilten Bauersfrau Hamm sind weite Kreise überzeugt. Einer Wiederaufnahme des Verfahrens stellen sich illoyale Eingriffe entgegen, die zu beseitigen wir uns bemühen. Die Ansicht der Berliner Polizei, die von der Elberfelder Polizei hinzugezogen wurde, die Frau habe Meuchelmörder gedungen, beruht auf keinerlei Tatsachenmaterial, sondern lediglich auf der subjektiven Meinung des damaligen Kriminalkommissars v. Treskow. Die Frau wurde zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen sie bisher sechs Jahre abgesessen hat und zwar wegen Beihilfe zum Mord. Der Mörder ist aber noch nicht gefaßt, deshalb kann, zumal der Mord selber noch gar nicht klargelegt ist und es sich vielleicht um eine Körperverletzung mit tötlichem Ausgange handelt, niemand wegen Beihilfe verurteilt werden. Hätten die Geschworenen gewußt, welch zweifelhafte Persönlichkeit Herr von Treskow damals schon war, so hätte man ihm kein Wort geglaubt und eine Verurteilung wäre nicht erfolgt. Jetzt betreibt Herr von Treskow ein Bureau zur Fabrikation von Ehebrüchen. (Hört! hört!) Mehrere Zeugen wurden von ihm zu falschen Aussagen veranlaßt. Ein Gutachten besagt, daß es sich bei dem Tode des Hamm nicht um einen Meuchelmord im Schlafe, sondern um einen Kampf mit tötlichem Ausgange handelt. Alles spricht für die Unschuld der Frau Hamm. Trotz der Erklärung des Justizministers im Abgeordnetenhause, läßt es die Elberfelder Staatsanwaltschaft an der nötigen Schnelligkeit fehlen, das angebotene Entlastungsmaterial zu prüfen. Wir sehen davon ab, einen Antrag zu stellen, hoffen aber, daß der Staatssekretär alles tun wird, das schwere Unrecht gegen die Frau wieder gut zu machen. (Beifall.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Die Rolle, die der Kriminalkommissar von Treskow in dieser Angelegenheit gespielt hat, ist äußerst verhängnisvoll. Der Indizienbeweis ist völlig unbegründet. Wenn daraus ein Verdacht gegen die Frau konstruiert wird, daß sie ihrer Arbeit sofort wieder nachgegangen ist, so ist zu bedenken, daß die Psyche des Bauern nicht so feinfühlend ist wie die großstädtische. Die Bauersfrau ist immer auf dem Posten, um ihrer alltäglichen Pflicht nachzukommen. Das jetzt vorliegende Material ist wichtig genug, um das Wiederaufnahmeverfahren zu rechtfertigen. Diese Debatte ist notwendig, weil Staatsanwaltschaft und Gericht im Falle Hamm absolut versagt haben. Deshalb ist es notwendig, vor dem größten Forum alles zu erörtern, damit der Weg gebahnt wird, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Die Detektivbureaus wachsen sich immer mehr zu einer allgemeinen Gefahr aus. Es ist die höchste Zeit, daß die Sicherung des Privatlebens und das Ungeschorenbleiben von solchen Geistern der Hölle erfolgt. Hoffentlich gelingt es bald, die Frau Hamm aus dem Zuchthaus zu befreien. (Beifall.)

Abg. Dr. Heckscher (Fortschr. Vpt.): Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier ein Schuldig oder Unschuldig auszusprechen. Das ist gefährlich und bedenklich, aber man kann nicht allgemein erklären, wie es der Staatssekretär getan hat, daß man sich nicht an der Diskussion beteiligt. Das Material ist vorzüglich für die Frage der Behandlung des Wiederaufnahmeverfahrens geeignet. Man muß auch hier im Reichstag gegebenenfalls in ein Verfahren eingreifen, wie es bei dem Erfurter Militärgerichtsurteil war, bei dem selbst der Reichskanzler erschien und das Wort ergriff. Eine Anklage gegen Richter und Gericht bedeutet der Fall Hamm nicht. Warum sperrt man sich dagegen, ein neues Verfahren zu eröffnen? Die Gesetzgebung muß da einsetzen, damit nicht mehr die Richter, die an der Urteilsfällung Anteil hatten, auch für die Wiederaufnahme zuständig sind. Das Wiederaufnahmeverfahren ist in diesem Falle natürlich und selbstverständlich. Beschlüsse können wir nicht fassen, haben aber das Recht und die Pflicht, auf solche Dinge scharf hinzuweisen, um zu zeigen, daß unsere Strafprozeßordnung auf dem Gebiete des Wiederaufnahmeverfahrens der Ergänzung bedarf. (Beifall.)

Abg. Schulz-Bromberg (Rpt.): Ich muß unsere schweren Bedenken dagegen aussprechen, daß man in ein schwebendes Verfahren eingreift, wie es die beiden ersten Redner getan haben. Diese Erklärung gilt auch für die deutsch-konservative Partei. Die Vorredner haben nicht nur für ein Unschuldig plaidiert, sondern sogar hier von der Tribüne des Reichstags andere Personen des Mordes bezichtigt, darunter einen Toten. Das ist eine Unmöglichkeit, dagegen muß man Einspruch erheben. Die Unabhängigkeit der Richter wird auf diese Weise untergraben. Die Richter in Elberfeld dürfen nicht nach rechts und nicht nach links sehen, sondern nur so urteilen, wie sie es vor ihrem Richter, dem Gewissen, verantworten können. (Beifall.)

Damit schließt die Debatte. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Von der Resolution der Nationalliberalen auf Durchsicht des Reichsrechts werden die Punkte „Behandlung der Geisteskranken im Zivil- und Strafrecht", „Zulassung der Volksschullehrer zum Schöffen- und Geschworenenamt", „Religiöse Erziehung der Kinder aus Mischehen" und „Ausdehnung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit", letzterer durch Hammelsprung mit 126 gegen 92 Stimmen angenommen, die übrigen Teile werden abgelehnt. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspartei betr. Aenderung des Zwangsversteigerungsgesetzes (Verfügung über Miets- und Pachtzins dem Hypothekengläubiger gegenüber). Bei Kapitel „Reichsgericht" befürwortet der Abg. Dr. Junck (Natl.) unter großer Unruhe im Hause einen Antrag auf Wiederherstellung des Titels „Sechs Reichsanwälte". Die Kommission hat wiederum einen Reichsanwalt gestrichen. Die Abstimmung ergibt, daß die ganze Rechte mit den Nationalliberalen und Fortschrittlern (Bülow-Block) für den sechsten Reichsanwalt stimmt. Das ist die Mehrheit. Der Titel ist wieder hergestellt. (Lebhaftes Bravo. Große Unruhe.)

Es folgt die zweite Lesung des Marineetats. Staatssekretär Großadmiral v. Tirpitz erscheint im Saale.

Abg. Dr. Pfleger (Ztr.) berichtet über die Verhandlungen der Budgetkommission und gedenkt dabei der im letzten Jahre erfolgten Marineunglücksfälle, insbesondere der bei den Luftschiffkatastrophen verunglückten braven Mannschaften. Redner stellt fest, daß die Kommissionsverhandlungen ergeben hätten, daß das Verhältnis zu England günstiger geworden sei. Wenn von englischer Seite in amtlicher Form ein Angebot auf vertragsmäßige Beschränkung der Seerüstungen kommen sollte, so sollte dieses nicht abgelehnt werden. Die gegenwärtige Etatsberatung sei aber nicht auf derartige Hoffnungen und Fiktionen aufzubauen.

Abg. Noske (Soz.): Es kennzeichnet einen außerordentlichen Umschwung in der politischen Situation, daß der Referent von einer eventuellen Verständigung mit England sprechen konnte. Weite Kreise hegen diesen Wunsch. Auch viele reiche Leute stellen Betrachtungen darüber an, daß die Rüstungsbeiträge doch recht unangenehm wirken. Die Rüstungen nehmen aber doch ihren Fortgang. Die Zeit scheint jedoch zu kommen, wo keine besondere Anleihe für Flottenzwecke mehr notwendig ist, wenn nicht wieder weiter gebaut wird. Hinsichtlich der Volksrüstung setzt das gleiche tolle Treiben ein. Dazu kommt dann die Abwehrrüstung und eventuell eine Konstruktionsänderung der Kriegsschiffe. Die Entsendung eines Attachees nach Argentinien halte ich für verfehlt. In erster Linie wird er unserer Rüstungsindustrie zu dienen haben. Südamerika giebt aber nur der Nation Aufträge, die ihm Geld pumpt. Besser wäre es, ein halbes Dutzend Konsuln dort anzustellen, um eine vernünftige Handelspolitik anzubahnen. Wir könnten das argentinische Fleisch gut gebrauchen. Die Gerichtsurteile in der Marine sind vielfach außerordentlich hart. Die Soldatenschinderei blüht auch in der Marine. Wie steht es mit der Besserstellung der Deckoffiziere und mit den Bordabzügen? Wenn die Hafenbauten von Wilhelmshaven und Helgoland vollendet sind, muß bei der Entlassung der Hilfskräfte im Bauwesen schonend verfahren werden, namentlich den Familienvätern gegenüber. Für die Notlage der Marinebeamten spricht der Umstand, daß beim Kaisergeburtstagsessen die ratenweise Zahlung gestattet wurde. Kaisergeburtstagsessen auf Abzahlung ist wohl noch nicht dagewesen. (Heiterkeit.) Die bei den Unfällen umgekommenen Personen haben unsere volle Sympathie und unser Bedauern. An den zweifellos vorgekommenen Konstruktionsfehlern bei den Luftschiffen will die Marineverwaltung keine Schuld tragen. Angehörige der Zeppelinwerft schildern es anders. Die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Luftschiffkatastrophe in Johannisthal ist blamabel für die Marineverwaltung. Zunächst wurden ganze 7800 Mark gesammelt, worauf jemand dann noch 2000 Mark stiftete. Da müssen genügend Mittel in den Etat eingestellt werden, damit ein Mann, der sein Leben aufs Spiel setzt, die Gewißheit ins Grab nehmen kann, daß Frau und Kinder nicht zu betteln brauchen. Welcher Art waren die Beziehungen Brandts zum Reichsmarineamt? Daß in der Organisation der Werften etwas faul ist, zeigt der Magdeburger Schmiergelderprozeß. Das Wettrüsten müßte zum Ruin der Völker werden, es muß deshalb eine Verständigung der Völker angebahnt werden. Statt dessen wird von einflußreichen Personen immerfort gehetzt. Bei dem Feierjahrsgedanken heißt es bei jeder Nation: Hannemann, geh du voran! Großen Anklang hat dieser Vortrag nicht gefunden. Ein positiver Vorschlag war er nicht. Der Staatssekretär hat bei seinen Darlegungen über 16 zu 10 behauptet, Deutschland sei nicht der Rüstungstreiber gewesen. Seine Argumentation war vollständig falsch. Alles deutet darauf hin, daß eine neue Flottenvorlage zu erwarten ist. Sie würde unberechenbaren Schaden in der Welt anstiften und das gute Verhältnis zu England mit einem Schlag vernichten. Selbst in der Kreuzzeitung wird ein deutsch-englisches Bündnis befürwortet. Imperialistische Bestrebungen stehen einem solchen Bündnis schroff entgegen.

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz:

Zunächst möchte ich auf die Anregung des Referenten, daß wir die süddeutschen Firmen nach Möglichkeit berücksichtigen möchten, erwidern, daß zwischen den deutschen Stämmen durchaus kein Unterschied gemacht wird. Von diesem Standpunkt handelt das Reichsmarineamt grundsätzlich. Bei der Vergebung von Lieferungen werden diese gleichmäßig verteilt. Natürlich hat das seine Grenze insofern, als z. B. die schwere Eisenindustrie im Westen konzentriert ist, aber Süddeutschland wird in der Weise berücksichtigt, daß Experten nach Süddeutschland geschickt werden, um in Verbindung mit Handels- und Gewerbekammern zu treten. Vielleicht läßt sich die Sache so arrangieren, daß Norddeutschland zwei Drittel, Süddeutschland ein Drittel der Lieferungen erhält. Der Abgeordnete Noske hat behauptet, daß die Vorgesetzten verhältnismäßig milde bestraft würden, die Gemeinen dagegen sehr hart, zu hart. Ich möchte dem entschieden widersprechen. Bei den Fällen, die er angeführt hat, handelt es sich um schwere militärische Verbrechen, und zwar nach militärischer Auffassung in diesen Dingen. Dann sprach er davon, daß die Stimmung in der Marine sehr schlecht wäre, das Gegenteil ist der Fall. Gewiß ist der Dienst hart, aber gewiß nicht härter für den Mann als für den Offizier. Es ist nun behauptet worden, daß die Mißhandlungen außerordentlich zugenommen haben. Tatsächlich haben die Mißhandlungen ständig abgenommen. Dann hat der Abgeordnete Noske einen Fall aus Kiel mitgeteilt, wo beim Besuch Seiner Majestät des Kaisers die Unteroffiziersfrauen die Fenster geöffnet hatten und dann ihre Männer bestraft worden seien. Es besteht allerdings ein Kasernementsbefehl, wonach in solchen Fällen wegen des Geräusches die Fenster nicht geöffnet werden dürfen. Darauf sind die beiden Leute, ein Unteroffizier und ein Feldwebel gestraft worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie gütigst abwarten. Nachdem die betreffenden bestraft waren, wurde dies Sr. Majestät gemeldet und Seine Majestät hat die Bestrafung aufgehoben. (Lachen bei den Soz.) Der betreffende Vorgesetzte hat nach seiner Vorschrift gehandelt. Der Abgeordnete Noske hat sich dann über die Unglücksfälle in der Marine beschwert. Ich kann nur sagen, daß alles Mögliche getan worden ist, um solche Unfälle zu vermeiden. Herr Noske hat dann gesagt, wir hätten den „L. 1" zu frühzeitig nach Helgoland geschickt und die Leute seien nicht genügend ausgebildet gewesen. Es ist in dieser Beziehung vorsichtig und gewissenhaft verfahren worden und besonders der Führer galt als ein hervorragender Fachmann. Er ist aber in eine Wetterkatastrophe hereingezogen worden, die zu den großen Ausnahmen gehört. Ich glaube, daß wir bezüglich der Wetterbeobachtung etwas weiter kommen werden. Was den zweiten Fall betrifft, so hat Herr Noske darauf hingewiesen, wir wären mit dem Bau des „L. 2"

---

22 (Nachdruck verboten.)

Verschollen.

Roman von Arthur Zapp.

Die weitere Untersuchung der Angelegenheit ergab ein neues Verdachtsmoment gegen George de Valin und Charles. Seit dem letzten Attentat hatte Oberst de St. Aulaire angeordnet, daß stets einer der Schloßbediensteten im Walde an der Parkmauer zu patrouillieren habe. Der Gehilfe des Försters, der an diesem Tage diesen Dienst versehen hatte, wurde im Walde, ungefähr 100 Schritt von der Mauer entfernt, in tiefstem Schlaf liegend, gefunden. Alles Rütteln und Schütteln war vergebens. Der Mann lag wie ein Toter. In seiner Nähe lag eine Schnapsflasche, die noch einen Rest Absinth enthielt, dem ein chloroformartiger Geruch anhaftete. Als der Schlafende endlich nach langen Bemühungen wieder zum Bewußtsein gebracht worden war, berichtete er, daß er Charles im Walde begegnet sei, daß der Reitknecht eine Unterhaltung mit ihm angeknüpft und im Verlaufe derselben eine Flasche aus der Tasche gezogen und ihm zu trinken angeboten habe. Nach ein paar kräftigen Zügen, die er aus der Flasche getan, habe ihn eine unwiderstehliche Müdigkeit befallen, und er habe sich schließlich gelagert, weil er sich nicht mehr aufrecht erhalten konnte.

Oberst de St. Aulaire, Gaston und Günther von Wallberg faßten nach gemeinsamer Beratung den Entschluß, vorläufig noch abzuwarten. Von einer gerichtlichen Anzeige konnte man sich nicht viel versprechen, umsoweniger als der Verdacht gegen George de Valin so gut wie keine tatsächlichen Unterlagen hatte und sich in der Hauptsache auf unwägbare Empfindungen aufbaute und als es allen drei Männern in gleichem Maße widerstrebte, Marion in die häßliche Angelegenheit hineinzuziehen. Dazu kam, daß so kurz nach dem Kriege die französischen Behörden, die sich überdies erst allmählich wieder reorganisierten, wenig Interesse für die Klage eines Deutschen bezeigen würden.

Aber schon ein paar Tage später trat ein überraschendes Ereignis ein, das sowohl die beiden gegen Günther von Wallberg gerichteten Attentate, so wie auch das Ende seines unglücklichen Bruders aufklärte. Es war in der Mittagsstunde des vierten Tages nach der Verwundung Günthers, als plötzlich ein reitender Bursche aus Valincourt auf den Schloßhof von St. Rémy sprengte und an Gaston de St. Aulaire eine Botschaft von seinem Herrn überbrachte. Der Vicomte sei tödlich verwundet und verlange seinen Freund zu sprechen, da er ihm wichtige Mitteilungen zu machen habe. Mit fliegenden Worten berichtete der Bote, was er über die Ursache der Verwundung wußte. Es handelte sich um eine Liebesaffäre. Der Vicomte habe seit längerer Zeit in geheimen Beziehungen zur Gattin des Notars Renaudin in Nesle gestanden. Monsieur Renaudin müsse wohl davon erfahren haben, denn er habe am Abend dem Vicomte vor seiner Villa aufgelauert und nach kurzem Wortwechsel aus nächster Nähe einen Revolver auf ihn abgedrückt. Passanten hätten ihn auf der Straße vor der Villa des Notars gefunden. Der Schuß sei in die Brust gedrungen. Die Nacht über habe der Schwerverwundete in Fieberdelirien gelegen. Am Morgen sei er durch die Bemühungen zweier Aerzte zum Bewußtsein erwacht.

Gaston de St. Aulaire ritt unverzüglich in Begleitung des Boten nach Valincourt hinüber. Ein zwiespältiges Gefühl durchrüttelte ihn, während er sich dem Krankenbett näherte und einen Blick auf das totenbleiche Gesicht mit den leidenden Mienen warf. Innigste Freundschaft hatte ihn viele Jahre mit dem schmerzlich Stöhnenden, dem Tode Verfallenen, verbunden, die Erinnerung an gemeinsam verlebte schöne Stunden stieg in ihm auf und stimmte ihn weich und doch regte sich auch etwas wie Widerwillen und Abscheu in ihm, während er der Vorkommnisse der letzten Tage gedachte. Der Kranke lächelte dem sich befangen Nähernden resigniert entgegen und streckte seine zitternde Rechte nach ihm aus.

„Gut, daß du gekommen bist, Gaston! Es ist bald aus mit mir." Und als der Freund erschüttert widersprach, nickte er schwach.

„Doch, ich fühl's. Und ich mache mir nichts daraus. Verpfuscht ist doch alles."

Er stöhnte, dann winkte er Madame Bazin und dem Krankenpfleger, die an seinem Bett saßen, zu gehen und deutete auf den Stuhl, der am Kopfende seines Bettes stand. Gaston setzte sich und erwartete in einer halb heimlich beklommenen, halb neugierig erwartungsvollen Stimmung die in Aussicht gestellten wichtigen Mitteilungen des Sterbenden. Ueber das Antlitz des Kranken flog ein Zucken, das wohl ein Ausdruck der körperlichen Schmerzen war, von denen er gequält wurde, das vielleicht aber auch von einer Einwirkung des seelischen Kampfes herrühren mochte, der sich in ihm vollzog. Endlich begann er wieder zu sprechen, nachdem er ein paarmal schwer geseufzt hatte.

„Es muß herunter; vielleicht wird mir dann das Sterben leichter. Ich bin ein schlechter Kerl, Gaston. Ich habe gemordet — ja. Und ich wollte auch dem zweiten an das Leben, aber ich habe ihn wohl nicht so gut getroffen, wie seinen Bruder und wie —"

Er hüstelte, wischte sich mit dem Tuch, das er in der zitternden Hand hielt, den Schweiß von der Stirn und flüsterte: „Seit mich Marion vor einem Jahr abgewiesen, das heißt, vertröstet hatte bis nach dem Krieg, war ich von wilder Eifersucht verzehrt. Ich habe damals, als Ihr, du und dein Vater, in den Krieg zogt, den Charles bestochen und zu meinem Vertrauten gemacht. Er mußte Marion und die fremden Offiziere bewachen. Als Leutnant de Wallberg sich von Marion und der Kalthauser verabschiedete, hat er an der Tür gelauscht und er hat Weinen und emsiges Flüstern gehört. Als mir Charles davon erzählte, war es, als wenn mir einer Gift in die Adern träufelte. Die Eifersucht macht hellseherisch. Ich ahnte, was kommen würde. Richtig, am siebzehnten Januar suchte mich Charles abermals auf, um mir die Botschaft zu bringen: Der deutsche Leutnant ist da, ist in St. Remy! Da geriet ich in eine namenlose Wut. Charles berichtete mir, daß er zufällig an der Stalltür gestanden, als sich ein Mann aus dem Park auf den Hof geschlichen habe. Er habe gehört, wie der Unbekannte, der einen Zivilanzug getragen und den er erst für einen Dieb gehalten, Sand an die erleuchteten Fenster des Schlosses geworfen und daß darauf die Gesellschafterin hinausgekommen sei und deutsch gesprochen habe, worauf von dem Fremden deutsch geantwortet worden sei. Er habe auch ganz deutlich den Namen Wallberg gehört. Als dann die beiden, Monsieur de Wallberg und Mademoiselle Kalthauser, im Schloß verschwunden waren, hat er sich sofort auf ein Pferd geworfen, um zu mir hinüberzureiten."

Der Kranke hielt erschöpft inne und hustete stark. Gaston hatte mit angespanntem Interesse zugehört, immerfort im Zwiespalt seiner Empfindungen, die zwischen Mitleid mit dem mühsam sich die Worte Abringenden und zwischen Empörung und Entsetzen hin und her schwankten. Jetzt gewann das erstere die Oberhand und er beugte sich über den mit schwerer Atemnot Kämpfenden, der sich eben wieder anschickte zu sprechen.

„Nein, nein, laß doch, George! Du darfst dich jetzt nicht so anstrengen und aufregen. Du kannst ja morgen oder an einem anderen Tage, wenn du dich besser fühlst, deine Mitteilungen fortsetzen."

Aber der Vicomte lächelte bitter.

„Morgen! Wer weiß, ob ich da noch lebe!"

Und er fuhr nach kurzer Pause fort: „Ich war wie im Fieber. Eifersucht, Wut und Haß versetzten mich in Raserei. Ich rief in aller Eile ein halbes Dutzend Männer, von denen ich wußte, daß sie die Deutschen haßten, wie ich, zusammen und eilte mit ihnen nach dem Walde. Es war mir nach Charles' Bericht klar, daß der deutsche Offizier seinen Weg durch den Wald über die Parkmauer genommen hatte. Richtig, wir fanden sein Pferd etwa hundert Schritte von der Parkmauer an einen Baum angebunden. Wir lösten den Zaum des Pferdes und jagten es davon. Dann legten wir uns auf die Lauer. Die Minuten wurden mir zur Ewigkeit. Endlich — es mochte eine halbe Stunde so im Warten, hinter Bäumen versteckt, verstrichen sein, als wir eine Stimme vernahmen. Dann ein Sprung über die Mauer und gleich darauf eilige Schritte. Ich hatte meine Leute instruiert, mir das weitere zu überlassen und nur im Falle der Not einzugreifen. Als der Deutsche auf ein paar Schritte auf mich herangekommen war, trat ich vor. Ich rief ihm ein paar Worte zu, wie sie mir meine Wut und meine Eifersucht eingaben. Ich bemerkte, daß er in die Tasche griff, um seinen Revolver herauszuziehen, aber ich kam ihm zuvor und streckte ihn durch ein paar Schüsse nieder —."

„Aber das — das ist doch Mord!" rief der Zuhörende schaudernd.

„Mord?" Ein grimmiges Lächeln flog über die bleichen Züge. „Ich hielt es für mein gutes Recht, den Feind, der mein Vaterland schädigte, der mir die Braut geraubt, denn ohne ihn wäre Marion sicher die Meinige geworden, zu vernichten. Im Uebrigen überlegte ich nicht. Ich folgte meinem Rachegelüst, das alle anderen Empfindungen in mir zurückdrängte. Den Revolver, der neben dem Toten lag, nahm ich mit mir. Du wirst ihn da —" er deutete auf den Nachttisch neben dem Bett — „finden."

Gaston de St. Aulaire folgte der Weisung, zog das Schubfach auf und erblickte einen der deutschen Armeerevolver, die er gut kannte. Dann kam ihm plötzlich der Gedanke an das erste Attentat auf Günther von Wallberg, das, wie der Verletzte überzeugend nachgewiesen, mit einer solchen Waffe ausgeführt worden war.

„Dann bis du es auch gewesen, der auf unsern Gast aus dem Hinterhalt geschossen hat!" rief er voll Abscheu und Entrüstung.

Der Kranke antwortete nicht gleich. Er wandte den Blick von dem Freunde, der voll Spannung seine Antwort erwartete, ab. In seinen Mienen zuckten und wühlten verschiedene, einander widerstrebende Empfindungen. Endlich schienen Haß und Neid alle anderen Regungen zu besiegen. Seine Stirn legte sich in finstere Falten, seine Augen rollten in Grimm und Zorn.

„Ich hörte," murmelte er, „daß der Deutsche auch diesmal mit dem Leben davon gekommen ist, während ich —" die Stimme erstarb in einem wilden Fluch, während der Kranke seine geballte Rechte in ohnmächtiger Wut schüttelte.

„Er triumphiert und wird mit Marion glücklich werden und ich muß in die Grube fahren! Verdammt!"

Gaston de St. Aulaire erschrak über dieses Ungestüm, diese Wucht des Hasses, den auch der nahende Tod nicht zu besiegen oder auch nur zu mildern vermochte.

„Mit Marion glücklich werden?" fragte er überrascht. „Monsieur de Wallberg, unser Gast?" „Freilich! Seit Ihr denn blind? Ich habe es längst bemerkt, daß sie —"

Ein neuer Hustenanfall erstickte wieder seine Stimme. Gaston de St. Aulaire eilte zur Tür. (Schluß folgt.)

zu rasch vorgegangen und hätten ihn zu sehr vergrößert. Bezüglich der Konstruktionsfehler kann ich nur ausführen, daß diejenigen, die das Luftschiff mit neuen Vorrichtungen versehen haben, tot sind, und sich nicht mehr verteidigen können. Es ist aber immer auf das strikteste darauf geachtet worden, daß nie etwas angeordnet worden ist, was die Zeppelingesellschaft nicht gebilligt hat. Die von mir seinerzeit gegebenen Darstellungen sind mit der Zeppelingesellschaft ausgearbeitet worden. Gewiß sind Konstruktionsfehler vorgekommen, die sich ja vielleicht in Zukunft vermeiden lassen werden. Ich wiederhole aber noch einmal, daß wir nichts verlangt haben, womit die Zeppelingesellschaft nicht einverstanden war. Bei derartigen neuen technischen Einrichtungen werden sich ja immer Gefahren herausbilden, die keiner erwartet hat. Was die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Verunglückten betrifft, so haben sie die höchste Kriegspension bezogen, die es gibt. Die durch die freiwillige Wohltätigkeit aufgebrachte Summe betrug 80 000 Mark. Ich bin dann gefragt worden, inwieweit die Marine beim Krupp-Prozeß beteiligt gewesen ist. Sofort nach Bekanntwerden der ersten Einzelheiten ist sofort seitens der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet worden. Dabei ist festgestellt worden, daß in der Marine weder ein Fall des Verrates militärischer Geheimnisse noch irgendein Fall von Bestechungen oder Ungehorsam gegen einen Dienstbefehl vorgekommen ist. Das einzige ist, daß einige Kanzleidiener Trinkgelder bekommen haben, aber höchstens drei Mark. (Hört! Hört!) Im Oberpersonal sind keine Fälle bekannt geworden und wir können darauf stolz sein. Der Vollständigkeit halber will ich noch mitteilen, daß zwei mittlere Beamten in Frage kamen, die sich aber keiner direkten Verletzung der Dienstpflicht schuldig gemacht haben. Man kann hier höchstens von einer nicht genügenden Wahrung der Diskretion sprechen. Die Magdeburger Schmiergelderangelegenheit ist der Staatsanwaltschaft überwiesen worden, sodaß ich jetzt Näheres darüber nicht mitteilen kann. Man hat auch von einem Rüstungskonzern gesprochen. Ein Ring ist in diesem Falle noch nicht vorhanden. Es ist selbstverständlich, daß eine Bevorzugung von Firmen durch das Reichsmarineamt ausgeschlossen ist. Darüber ist eigentlich gar kein Wort zu verlieren. Dann ist auf verschiedene Auslassungen der Presse hingewiesen worden, daß Offiziere gewissermaßen ihre Pflicht nicht getan haben. Unsere Offiziere tun ihre Pflicht, es kann sich höchstens um eine Ausnahme gehandelt haben. Dann hat der Abgeordnete Noske über das Flottenbauprogramm gesprochen. Er meint, wir seien gegen eine Einschränkung. Diesen Vorwurf des Abgeordneten Noske halte ich nicht für berechtigt, aber wir dürfen nicht zugeben, daß irgendein anderes Land ein Rüstungsmonopol bekommt. Dann hat der Abg. Noske die Zahl bemängelt, die ich in der Budgetkommission bezüglich der Rüstungsvermehrungen genannt habe. Er hat diese Zahlen als recht ungünstig dargestellt. Daß wir eine gewisse Anzahl von Schiffen bauen und unser Flottengesetz zur Durchführung bringen müssen, ist selbstverständlich. Von der Abrüstungsfrage wird überhaupt erst seit einigen Jahren gesprochen und in dieser Beziehung geben die Zahlen, die ich genannt habe, ein sehr gutes Bild. Ich selbst habe in der Kommission erklärt, daß wir nicht mehr als zwei große Kampfschiffe pro Jahr auf Kiel legen. Der Abgeordnete Noske hat dann ausgeführt, daß unsere Flotte im Ganzen unserem Volke entzogen würde. Ich glaube, das hohe Haus wird meiner Behauptung zustimmen, wenn ich sage, daß das nicht der Fall ist. Es ist durchaus wünschenswert, daß unser Volk die Flotte kennen lernt. Die Armee sehen wir auf dem Exerzierplatz, die Flotte kann man aber nicht sehen. Wir werden alles tun, daß das Gefühl der Reichszugehörigkeit in der Flotte in jeder Beziehung gewahrt wird. Darum sind überhaupt die Besichtigungen im hohen Maße nützlich und ich werde auch an dieser Absicht festhalten. (Beifall.)

Abg. Erzberger (Ztr.): An eine Verringerung des Sollbestandes ist nicht zu denken. Die beste Rechtfertigung für die Durchführung unseres Flottengesetzes bilden unsere politischen Beziehungen zu England. Wir legen den größten Wert darauf, daß wir mit England in einem freundlichen Verhältnis stehen. Ob es aber richtig ist, zur Erzielung eines solchen Verhältnisses die Frage der Abrüstung zu erörtern, erscheint mir sehr zweifelhaft. (Sehr richtig.) In seinem Flottenbau und bei den Unterseebooten hat sich Deutschland immer Zurückhaltung auferlegt. Wenn Deutschland jährlich zwei Linienschiffe baut und England drei, so wird auch ohne Vertrag das Verhältnis von 16 zu 10 vorhanden sein. Unverständlich ist die Ansicht Noskes als Arbeitervertreter, daß deutsche Firmen auf russische Aufträge verzichten sollten. Frankreich und England würden sich die Hände darüber reiben Unsere Diplomatie muß dafür rechtzeitig sorgen, daß die russische Flotte in der Ostsee uns nicht gefährlich wird. Der Abgeordnete Noske befürchtet weitere Flottenausgaben; die sind nicht akut, wenn sie aber kommen, so kann man ja das Wehrgesetz alsdann quotifizieren. Bei uns ist mehr geschaffen worden mit dem gleichen Geld als im Ausland. Bei der Lieferung der Torpedoboote für Argentinien hat Deutschland am besten abgeschlossen. Die in England gebauten Schiffe sind heute noch nicht abgenommen worden. Der Technik sind auch die Unfälle der Luftschiffe nicht zuzuschreiben. Das starre System ist nicht daran schuld. Man muß aber die Gefahr möglichst herabzumildern suchen. Ich halte es überhaupt nicht für nötig, daß private Sammlungen bei solchen Unfällen veranstaltet werden. Das Reich muß dafür eintreten. Der Geist in der Armee ist nicht derart unzufrieden, wie der Abgeordnete Noske es dargestellt hat. Es ist sehr schwer für die sozialdemokratische Fraktion 110 Mann unter einen Hut zu bringen. (Heiterkeit.) Der Staatssekretär mag dafür sorgen, daß keine Marinegarde entsteht. Jetzt kommen viele Jungen aus Mittelstandsfamilien in die Marine und fühlen sich dort recht wohl. Diese Entwicklung des Marineoffizierkorps ist gut, weil die Marine ein deutsches Institut ist, das Landheer aber ein preußisches. (Heiterkeit.) Die Dienstprämie für Unteroffiziere wird ihre guten Dienste bei dem Unteroffiziersersatz tun. Es müssen auch mehr Wohnungen für verheiratete Unteroffiziere gebaut werden. Die Zivilversorgung muß besser werden. Ich glaube auch, daß die Südamerikafahrt unserer Schiffe den besten Eindruck zurückläßt, trotz der mißkreditierenden Aeußerungen des Oberbefehlshabers bei Manila. Ueber die Rüstungsfrage wird man sich in der Rüstungskommission zu unterhalten haben. Die Ausführungen des Staatssekretärs, daß keine Firmen deshalb bevorzugt werden sollen, daß sie einen ehemaligen Offizier als Vertreter schicken, kann ich dahin ergänzen, daß er in der Kommission sogar in Aussicht stellte, es sich zu überlegen, ob er mit einer solchen Firma in Verbindung treten wird, die einen alten Offizier zu ihm schickt. Die Industrie, die durch die Beschäftigung solcher Repräsentanten so belastet wird, wird aufatmen. Die süddeutschen Lieferanten haben sich bisher immer dadurch benachteiligt gefühlt, daß ab Wilhelmshaven oder Kiel geliefert werden mußte. Das soll jetzt aufhören. Die Marineverwaltung muß auch dafür sorgen, daß bei einem Lieferanten zum Beispiel den Dillinger Werken kein Wahlterrorismus geübt wird. Wir sehen in der Flotte ein Instrument für die Aufrechterhaltung der Weltmachtstellung Deutschlands und damit der besten Bürgschaft für den Weltfrieden.

Staatssekretär von Tirpitz:

Hinsichtlich der Einwirkung auf die Wahlen überschätzt der Vorredner meine Kraft. Die Biographie des Generals Dewey wird demnächst vollständig erscheinen. Soweit ich unterrichtet bin, wird darin dem Admiral Dietrich und den übrigen deutschen Seeoffizieren hinsichtlich ihrer Haltung vor Manila volle Gerechtigkeit werden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag, 1 Uhr pünktlich vertagt. Vorher Anfragen. Schluß ¼7 Uhr.

Café Müller

Bankstrasse. 4904

Samstag, Sonntag, Montag, Dienstag:

Fidele Fastnachts-Musike.

Aus Stadt und Land.

Metz, den 20. Februar 1914.

* Der neue Gouverneur von Metz, Generalleutnant v. Lindenau, bisher Kommandeur der 16. Division, wurde gestern an einer Drüsenvereiterung im Ohr im Trierer Krankenhause der Barmherzigen Brüder operiert. Die Operation selbst gelang gut; doch ist der Zustand des Kranken ernst, da die Krankheit ziemlich weit vorgeschritten war. — Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, ist in dem Befinden Sr. Exzellenz eine erhebliche Besserung zu verzeichnen.

* Militärisches. Verschiedene Brigaden bzw. Regimenter werden in diesem Sommer wieder Uebungen auf den Truppenübungsplätzen abhalten. Bei einzelnen Brigaden wird der Uebungsplatz wohl noch nicht bestimmt sein. Die 66. Inf.-Brigade (Regtr. Nr. 98 und 130) übt vom 8. bis 30. Mai auf Elsenborn und das Rhein. Fußart.-Regt. Nr. 8 vom 9. Mai bis 9. Juni auf dem Schießplatz Wahn.

„Bitte Antwort!"

Auf eine auffallende Wiederaufrollung der Streitfrage über die Friedhofsfrage, hatten wir in zwei Artikeln gegen die „Lothringer Volksstimme" Stellung genommen. Unsern längeren Ausführungen weiß die „Volksstimme" keine andere Antwort entgegen zu halten als den Vorwurf, wir hätten in ungerechter Weise ihren sonderbaren Kriegsruf „gehässig" genannt. Das nennt die „Volksstimme" unsererseits eine „billige Antwort", getraut sich aber nicht, auch nur auf eine einzige unserer Argumente in irgend einer Weise zu reagieren. Wir meinen, eine solche Ausrede, ohne jede Beweisführung, ist denn doch wirklich erst recht eine „billige Antwort"! Wenn aber die „Volksstimme" uns zwingt, auch hier deutlicher zu werden, so mag es geschehen. Unsere Behauptung, daß der Artikel in seiner ganzen Art gehässig gehalten war, können wir durch einige kurze Auszüge hier rechtfertigen.

Wir haben schon darauf hingewiesen, wie der Artikel mit „Selbstmörderleichen" und „andersgläubigen Selbstmördern" operiert. Obwohl die „Volksstimme" selbst gestehen muß, daß der Selbstmörder in Goin als „unzurechnungsfähig" bezeichnet worden ist. Aber auch dies stellt die „Volksstimme" schon in einer gehässigen Weise dar, indem sie schreibt: „.... mag derselbe auch als unzurechnungsfähig bezeichnet worden sein . . .", gleichsam als wollte sie insinuieren, daß der „protestantische Selbstmörder" als unzurechnungsfähig nur „bezeichnet" worden sei. Nobel ist das jedenfalls nicht. Der Artikel spricht sodann von einer „vom protestantischen Geiste beeinflußten Regierung", die ihre Entscheidungen nur vom „protestantischen Standpunkte" aus regelt. Das ist, in dieser bestimmten Form, ein Vorwurf der Gewissenlosigkeit, für den wir nur den milderen Ausdruck „gehässig" hatten. Wir wollten einmal sehen, wenn wir bei jeder Erfüllung der so zahlreichen Zentrumswünsche schreiben würden, daß die Regierung vom „katholischen Geiste" sich beeinflussen lasse, und nur vom „katholischen Standpunkt" aus die Regierungsgeschäfte erledige.

Auf der gleichen Höhe steht der Satz: „Das Bestreben, in katholischen religiösen Dingen protestantisch vorzugehen, kann nur zur Störung des konfessionellen Friedens führen." Eine ähnliche Behauptung ist wieder diejenige, daß „die gegenwärtige Regierungspraxis einen Eingriff in de freie Religionsübung der Katholiken" bedeute. Gehässig nennen wir aber auch den Satz, den die „Volksstimme" gegen die protestantischen Mitbürger schreibt: „Oder ist in ihren (der Protestanten) Augen das protestantische Bekenntnis so inferior, daß sie durch die Einreihung ihrer Toten unter die Katholiken ihre Gleichwertigkeit mit letzteren dartun müssen? Das wäre ein eklatantes Armutszeugnis." Ein solcher Satz muß für protestantisches Empfinden direkt gehässig wirken; wenn man nur einigermaßen die Tragweite desselben in Betracht ziehen will.

Auch zum Schlusse wird der Regierung in einer für beide Teile als zu Recht bestehenden Angelegenheit, wieder ganz einfach „Rechtsverletzung" vorgeworfen. Der Ausdruck „.... es mußte den Katholiken ein Faustschlag ins Gesicht gegeben werden", die Bezugnahme auf den Kulturkampf, überhaupt die ganze Aufmachung verdient leider den gemachten Vorwurf: der Artikel ist in seiner ganzen Art „gehässig". Uebrigens zeigt schon die Tatsache, daß jetzt auf einmal die alte Streitaxt von Fameck wieder ausgegraben worden ist, daß man es jedenfalls mit ganz etwas anderm zu tun hat, als mit christlicher Milde. Wir bedauern, daß uns die „Volksstimme" durch ihre allzu billige Antwort auf unsere längeren Ausführungen zu obigen Feststellungen gezwungen hat. Aber die „Volksstimme" schreibt ja selbst, daß sie darauf gefaßt war, daß eine Antwort kommen würde. Sie selbst hatte demnach das Empfinden, daß ihre Kampfesart nicht unwidersprochen konnte entgegengenommen werden.

Diskussionsabend des Hansabundes im Hotel du Nord.

Es ist gewiß nicht leicht die Kenntnis eines Gesetzes in einem Vortragsabend in einer interessanten Weise zu vermitteln. Denn diejenigen, welche sich zum Besuch eines solchen Vortragsabends entschließen, wollen einerseits in den sie selbst betreffenden Angelegenheiten völlig zweifelsfrei unterrichtet werden, andererseits aber auch wollen sie mehr und mit anderen Worten hören, als was sie selbst aus der Gesetzeslektüre entnehmen können. Schwerer noch ist es für eine wirtschaftliche Korporation, wie es der Hansabund ist, auf jedes agitatorisches Bedürfnis hierbei zu verzichten und auch da objektiv zu bleiben, wo die eigenen Interessen verletzt zu sein scheinen. Der Referent des Mittwochs Abends, Herr Dr. jur. Reichert, bemühte sich in anerkennenswerter Weise diesen Schwierigkeiten gerecht zu werden und allen denen, welche in erster Linie gekommen waren, um die Bestimmungen der Wehrsteuergesetze kennen zu lernen, etwas zu bieten. Selbst da, wo, wie bei der Vermögensveranlagung die Grundsätze des Hansa-Bundes durch die Sonderstellung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes verletzt sind, unterließ er es nicht, auch über die Gegenstände, die schließlich zur Annahme dieser Bestimmung geführt haben, zu referieren. Die klare Disposition des Referats machte es auch denjenigen, die bisher sich mit dem ganzen Gesetzgebungswerk wenig beschäftigt hatten, möglich, sich in das System hinein zu finden. Eine inhaltliche Wiedergabe des Referats kann natürlich hier nicht versucht werden. Es zerfiel in 3 Teile und behandelte nach einer Einleitung über den entstandenen Bedarf in seinem Hauptteile den Wehrbeitrag, dann das Vermögenszuwachssteuergesetz und schließlich die kleinen Gesetze, welche zur Vervollständigung der dauernden Rüstungsausgaben notwendig gewesen sind.

Zum Schluß suchte der Referent eine Würdigung des ganzen Gesetzgebungswerkes mit der in der Einleitung gegebenen Begründung, daß man sich nicht nur als Steuerzahler, sondern auch als Staatsbürger fühlen müsse, und deshalb nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sei, nach den Gesichtspunkten zu fragen, nach denen eine Steuerauflage erfolgt ist. Denn es komme nicht darauf an, wie weit man selbst von den Steuern in seinem Portemonnaie geschädigt sei, da schließlich jeder reife Staatsbürger sich der Pflicht der Steuerzahlung nicht entziehen könne. Viel wichtiger sei eine allgemeine gerechte Steuerverteilung, selbst wenn sie mit höheren Sätzen arbeitet, als eine niedrige Steuer, die unsachgemäß und ungleichmäßig veranlagt ist. Es sei zu begrüßen, daß man den Weg der gewerbe- und mittelstandsfeindlichen Reichsfinanzreform des Jahres 1909 nicht weiter beschritten habe und es ließe sich wohl nichts dagegen einwenden, daß entsprechend der Zusammensetzung des Reichstages die Steuern in erster Linie die leistungsfähigen Schultern getroffen haben, allein man könne doch in der Vermögenszuwachssteuer nicht die Vorzüge sehen, die die Reichsfinanzverwaltung daran hervorhebe. Zunächst deshalb nicht, weil die Forderung, daß die direkten Steuern den Bundesstaaten vorbehalten bleiben müssen, nicht nur eine theoretische sei. Wenn Elsaß-Lothringen zum Beispiel, was der Redner sicher annimmt, in absehbarer Zeit zu einer Besteuerung der Vermögen gelangen sollte, dann würde es fast unmöglich sein, von landeswegen einen anderen Vermögensbegriff aufzustellen, als dies mit der Vermögenszuwachssteuer des Reiches geschehen sei Daher würde wohl leider die Veranlagung des ländlichen Grundbesitzes nach dem kapitalisierten Ertragswerte vorbildlich sein für die Bundesstaaten, welche eine allgemeine Vermögenssteuer noch einführen würden. Außer diesem Eingriff in die Finanzhoheit der Bundesstaaten aber sei an der betreffenden Steuer ihre Unbeweglichkeit und die Unfähigkeit, die verschiedene Ergiebigkeit und Leistungsfähigkeit der Vermögensmassen zu berücksichtigen, zu tadeln. Der Millionär, welcher seine Zinsen verzehrt, wird von der Steuer nicht getroffen gegenüber einem weniger bemittelten Steuerzahler, welcher im Interesse seiner Familie zu Rücklagen gezwungen ist. Der Wehrbeitrag sei als eine einmalige Abgabe wohl hinzunehmen. Falls eine Wiederholung dieses Versuches in Aussicht stehen würde, müßte energisch gegen ein Steuerprinzip protestiert werden, wonach der Steuer unterworfen wird der Stamm des Vermögens und nicht dessen Einkünfte. Die kleineren Gesetze bringen durch die Uebernahme des Stempels auf das Reich eine gewisse Vereinheitlichung und seien aus diesem Grunde zu begrüßen. Allein es sei bedauerlich, daß trotz mehrfacher ausdrücklicher Zusage der Zuschlag zur Grundwechselabgabe von neuem hinausgeschoben und daß aus fiskalischen Interessen die Ermäßigung der Zuckersteuer, die bereits im Jahre 1908 beschlossen sei, nun überhaupt nicht eintreten würde. Die Versammlung, welche mit großer Aufmerksamkeit den Worten des Redners gefolgt war, dankte am Schlusse mit reichem Beifall.

* Stadttheater. Heute (Freitag) abend 8 Uhr zweite Aufführung von „Das Musikantenmädel", Operette von G. Jarno. Morgen (Samstag) findet keine Vorstellung statt. Sonntag nachmittag geht „Die spanische Fliege" bei halben Preisen in Szene. Abends findet die letzte Aufführung der Novität „Der gutsitzende Frack" statt. An Fastnacht-Montag und -Dienstag und Mittwoch bleibt das Theater geschlossen.

* Das Nanziger Theater. Hiesige in französischer Sprache erscheinende Blätter berichten auf Grund Nanziger Blättermeldungen, daß der Nanziger Gemeinderat sich vorgestern mit den Gastspielreisen des dortigen Theaters zu befassen hatte, die mehrfach nach Lunéville und nach Metz unternommen wurden. Der Berichterstatter, Gérard, hatte mit Rücksicht darauf, daß das neue Theater ein Mehr an Ausgaben von rund 84 000 Francs erfordert, beantragt, den städtischen Zuschuß durch eine namhafte Erhöhung auf 137 600 Francs festzusetzen. Gemeinderatsmitglied Dr. Schmitt wandte bei dieser Gelegenheit ein, daß man für die bedeutenden Aufwendungen nur erstklassige Vorstellungen erwarten könnte, daß aber die Gastspielreisen nach Lunéville und Metz nur eine mittelmäßige Truppe ermöglichten, weil erste Künstler sich hierauf nicht einließen. Redner schlug vor, lieber eine Entschädigung von 25 000 Francs zu bewilligen und dafür auf die Gastspielreisen zu verzichten, im ganzen also 160 000 Francs an Zuschuß zu bewilligen und nur zwei bis drei Gastspielreisen in der Saison nach Lunéville und Metz. (Nach dem „Est Républicain" habe der Redner hinzugefügt, gegen zwei oder drei Gastspiele in den genannten beiden Städten sei nichts einzuwenden; sie hielten den künstlerischen Ruf Nancys hoch und würden in Metz den französischen Einfluß stützen.) Der Berichterstatter schloß sich schließlich auch dem Antrage auf Aufgabe der Gastspielreisen in jene beiden Städte an. Der Zuschuß von 137 000 Francs wurde bewilligt, ebenso dem Wunsche auf Abschaffung der regelmäßigen Gastspielreisen zugestimmt und der Bürgermeister ermächtigt, statt dessen eine Erhöhung des Zuschusses anzufordern. — Der „Lorrain" hebt im Anschluß an diese Entschließung des Gemeinderats hervor, daß es sich hinsichtlich der Aufgabe der Gastspielreisen nach Metz nur um einen Wunsch handle. Es werde der Metzer Theaterkommission obliegen, die Mittel ins Auge zu fassen, um Metz die französischen Vorstellungen zu bewahren.

Vorstehendes war im Satze bereits vollendet, als heute folgende Nachrichten vorlagen: Danach hat gestern abend in Nancy eine Sitzung der Theaterkommission stattgefunden und zwar unter dem Vorsitz des Bürgermeisters, der tags zuvor der Gemeinderatssitzung nicht hatte beiwohnen können. Der bisherige Direktor, Poncet, wurde auch für die kommende Spielzeit zum Direktor ernannt, und ferner wurde beschlossen, die Gastspiele der Truppe nach Lunéville einzustellen, die Gastreisen nach Metz aber beizubehalten „aus patriotischem Zweck"; wenigstens haben sich, wie der „Lorrain" berichtet, „mehrere Kollegen von Nancy heute morgen so ausgedrückt, sodaß anzunehmen ist, daß die Entscheidung der Theaterkommission sich durch diese Erwägung hat leiten lassen". Zu dieser Mitteilung, die ein gewisses Aufsehen erregen dürfte, bemerkt der „Lorrain": Es wäre viel genauer gewesen zu sagen, daß die Kommission den berechtigten Wünschen der französischsprechenden Bevölkerung von Metz habe Rechnung tragen wollen. Der Patriotismus hat tatsächlich nichts mit der Frage der französischen Vorstellungen auf unserer Bühne zu tun. Diese haben nie zum Vorwand für irgendwelche Manifestationen gedient. Man schätzt ein gutes Schauspiel, eine treffliche musikalische Aufführung und wünscht, daß die vorgetragenen Stücke kein Gefühl verletzen, weder in religiöser noch in politischer Hinsicht. Das ist's, was das Metzer Publikum in der Vergangenheit gefordert hat, und diesen Gesichtspunkt wird es auch weiter vertreten." Der „Lorrain" fürchtet, daß gewisse deutsche Blätter sich dieses „patriotischen Zweckes" bemächtigen würden, um damit einen unberechtigten Feldzug einzuleiten, von dem die Liebhaber der französischen Vorstellungen den Nachteil haben würden. Wahrscheinlich aber habe man in Nancy mit der fraglichen Wendung nur bezweckt, Reklamationen von Lunéville her die Spitze abzubrechen.

* Auszeichnung. Se. Maj. der König von Sachsen hat Herrn Obersekretär Comprix das Ritterkreuz 1. Kl. des Kgl. sächs. Albrechtsordens verliehen. Herr Bezirkspräsident Frhr. v. Gemmingen überreichte dem Ausgezeichneten gestern persönlich den Orden. Wir glauben nicht fehlzugehen in der Annahme, daß Se. Maj. der König von Sachsen Herrn Comprix seinen Dank und seine Anerkennung für die Fürsorge bezeigen wollte, die er als Vorsitzender des Kriegergräberschmückungsvereins den sächsischen Gräbern bei St. Privat und Roncourt angedeihen läßt.

* Münchener Bürgerbräu. Am Samstag, den 21. und Montag, den 23. Febr., finden große öffentliche Maskenbälle in dem Etablissement statt. (S. Anzeige.)

* Nutzvieh- und Pferdemarkt. Der allgemeine Frühjahrsmarkt für Nutzvieh und Pferde wird am Donnerstag, den 5. März, auf dem Feuerwehrübungsplatz vor dem Französischen Tor abgehalten.

* Metzer Turnverein. Seit langer Zeit hat der Turnverein wieder einmal beschlossen, in den Räumen seiner städtischen Turnhalle am Regierungsplatz ein urfideles Maskenfest abzuhalten. Das veranstaltende Komitee hat keinerlei Kosten und Arbeit gescheut, seinen Gönnern, Freunden und Mitgliedern einen genußreichen Abend zu bieten. Näheres ist aus der gleichzeitig erscheinenden Anzeige ersichtlich!

* Schnurrdiburr. Anläßlich der diesjährigen Karnevalsaison sind an den Vorstand der großen Metzer Karnevalsgesellschaft „Schnurrdiburr" oft Anfragen gerichtet worden, warum denn dieses Jahr keine Sitzungen usw. stattfänden. Die Frage ist leicht zu beantworten. Der Ausfall der Festlichkeiten beruht, wie man uns mitteilt, einzig und allein auf dem schlechten Geschäftsgang der Vorjahre. Pekuniär steht die Gesellschaft auf guter Basis. Nächstes Jahr (1915) wird der „Schnurrdiburr" sein 40jähriges Jubiläum feiern, das mit großem närrischen Pomp begangen werden soll und zu dem schon jetzt Vorbereitungen im Gange sind. Jedoch wird der „Schnurrdiburr" für dieses Jahr einen Kindermaskenball arrangieren, der am nächsten Sonntag im großen Saal des „Hotel du Nord" mit der bekannten Kuchenpolonaise stattfindet. (S. Inserat.)

* In die ihm gestellte Falle ging gestern ein in einer Konditorei beschäftigter unredlicher Bursche. Er stand seit längerer Zeit im Verdacht, seinen Schlafkameraden das Geld aus den Taschen zu stehlen. Um ihn zu überführen, streute einer der ständig Bestohlenen ein klebriges Pulver in seine Tasche und zeichnete außerdem noch auf unauffällige Art das Geld. Im Laufe des Tages bemerkte er, daß die Hände des Langfingers mit dem besagten Pulver verschmiert waren, und stellte sofort fest, daß ihm das gezeichnete Geld fehlte. Ein herbeigeholter Schutzmann besorgte nun den Rest. Eine körperliche Durchsuchung förderte das gestohlene Geld zutage, und der Dieb sah sich zum Geständnis gezwungen.

* Tödlicher Unfall. In der vorletzten Nacht starb im Hospital Bonsecours ein 22 Jahre alter Arbeiter, welcher in dem Werke „La Houve" bedienstet war. Als er mit der Legung der elektrischen Leitung bei La Maxe beschäftigt war, berührte er versehentlich die Hochspannleitung und fiel aus einer Höhe von 12 Metern herab. Außer einer großen Wunde, die er sich am Kopf beim Sturz zugezogen hatte, waren dem Unglücklichen ein Arm und ein Schenkel verkohlt.

* Polizeibericht vom 20. Februar. Eingeliefert wurden: 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen Bettelns, 3 Weibspersonen wegen liederlichen Umhertreibens und 1 Person wegen Trunkenheit.

J. Pavis & Riegel
9bis Klein-Pariserstrasse
Weisswaren, Wäsche
Gardinen.

Pfadfinder.

Mitteilung an alle Feldkompagnien: Die für Sonntag, den 22. Febr., angesetzte Uebung fällt aus. Der Hauptfeldmeister.

Sport.

Hockey-Sport.

Die „Metzer Sportvereinigung" beabsichtigt demnächst, einem vielfach geäußerten Wunsche entsprechend, ihren sportlichen Betrieb durch Einführung und Pflege des Hockeyspiels zu erweitern. Dieses Spiel ähnelt sehr dem wohl jedermann bekannten Fußballspiel; denn ersetzt man den Fußball durch einen faustdicken Kricketball und nimmt man zum Antrieb geschweifte Stöcke, so hat man das Hockeyspiel, und die Spielregeln ändern sich mit den neu eingeführten Spielgeräten sinngemäß. Damen und Herren, welche sich diesem gesunden Sport widmen wollen, sind gebeten, ihre Adresse Herrn Stadtassistent A. Wagner, Metz, Trinitarierstr. 1, zukommen zu lassen.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik erschienenen Artikel übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

(Anonyme Zuschriften finden keine Berücksichtigung.)

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Metzer Bürger sind die friedlichsten von der Welt. Das hat man so wieder mal in der letzten Zeit erfahren. Sie haben einen wohlweisen Gemeinderat, und was der tut, ist wohlgetan. Da wird jetzt auf einmal der Beschluß gefaßt, die Maimesse, diese an sich veraltete Einrichtung, auf dem Theaterplatze, anstatt auf den Plätzen (Kaiser Wilhelm-Platz oder Mazellenplatz), die sich in der letzten Jahren so sehr bewährt haben, abzuhalten. Und warum? Man sollte vielleicht denken, daß die Abhaltung auf dem Theaterplatz einen pekuniären Vorteil brächte. Nein! im Gegenteil, die Stadt Metz hat noch einen Verlust von mindestens 16 000 Mark; es werden aber vielleicht auch noch 20 000 M.

Und warum dieses Verlegen? Wem soll die Abhaltung Vorteil bringen? Den Geschäftsleuten, die in diesen Gegenden wohnen? Das glaubt der Gemeinderat selbst nicht. Denn der Vorteil für die Geschäftsleute in der Stadt ist sehr gering. Es sind einzig und allein die Wirtschaften, die sich Vorteil von der Maimesse versprechen. Und da liegt der Hase im Pfeffer. In den Wirtschaften wird die Politik gemacht. Da wird für die Wahlen agiliert und ein mißliebiges Gemeinderatsmitglied könnte leicht durch diese Agitation sein Mandat verlieren. Um es herauszusagen: Nur einzig und allein die Wahlinteressen haben die Stadtväter dazu bestimmt, für diese Abhaltung zu stimmen. Es ist dies ein plumpes Wahlmanöver, und die Stadt soll dabei die Zeche bezahlen. Es ist eigentlich unglaublich. Die Bürger sollten keinem der Gemeinderatsmitglieder, die einen solchen Beschluß gutheißen, der direkt gegen die Interessen der Bürger verstößt, ihre Stimme geben. Denn pro Kopf der Bevölkerung kostet dieses Vergnügen ca. 20 bis 25 Pfennig.

Ich will jetzt nicht davon reden, daß die Anwohner in der unglaublichsten Weise natürlich von dem Spektakel belästigt werden; denn es ist ein großer Unterschied, ob die Geräusche auf einem freien Platze oder in diesen abgeschlossenen Häuservierteln gemacht werden. Es ist ein großer Unterschied in der Produktion dieser Geräusche. Früher war es eine einfache Drehorgel, heute sind es Dampfpfeifen und elektrisch betriebene Orgeln. Man denke sich nur einmal die Qual der zufällig in dieser Zeit kranken Personen, die vielleicht nicht mehr rechtzeitig in ein Spital transportiert werden können. Der Maimesse zuliebe müssen sie neben ihren körperlichen Leiden auch noch seelische erdulden, ja vielleicht kann der ganze Ausgang der Krankheit infolge dieser seelischen Eindrücke ein unglücklicher sein.

Ich glaube zwar nicht, daß der hohe Gemeinderat sich noch einmal zu einer Abänderung des Platzes, auf dem die Maimesse abgehalten werden soll, bestimmen lassen wird. Aber, Bürger, gebt Quittung für einen solchen Beschluß, den diesmaligen Gemeinderatsmitgliedern, indem ihr sie nicht mehr wählt. Ich wundere mich, daß die Aufsichtsbehörde das überhaupt zuläßt und keinen Einspruch erhebt.

Verantwortlicher Redakteur: R. Rehme.
Verantwortlich für die Inserate und Reklamen: A. Deuk.

Kursbericht der „Metzer Zeitung".

Berlin	Schlußkurse vom 18./2.	Schlußkurse vom 19./2.	Berlin	Schlußkurse vom 18./2.	Schlußkurse vom 19./2.
4% Reichsanleihe	99.—	99.—	4 Russ. Consols	88.40	88.40
3½ "	87.20	87.20	4 Russen v. 1902	91.60	91.50
3 "	78.10	78.30	4 conv. Türken	86.50	86.60
4% Preuß. Konf.	98.75	98.75	4 Ungar. Goldr.	84.—	84.40
3½ " "	87.25	87.20	Franz Banknoten	81.20	81.20
3 " "	78.10	78.20	**Basel**		
3 Sächs. Rente	77.75	77.50		Fr.	Fr.
4 Rheinpr. Anl.	97.—	97.—	Akt. Bank v. Els. u.		
4 Wstf. Prv. Anl.	97.—	97.—	Lothr. nom. 400	725.—	725.—
4 Kölner Stadtanleihe 1912	96.25	96.25	do. 1200	2180.—	2200.—
4 Saarbr. v. 1910	97.—	97.—	Elsaß-Lothr. Bod. Credit-Bank	1000.—	1000.—
4 Hambg. Hypth. Bank u. 1921	96.50	96.50	**Frankfurt a. M.**		
3½ do. 1913	85.—	85.—	4% Baden u. 1921	97.10	97.
4 Pr. Bod. Cred.			3½ " v. 1907	86.10	86.[illegible]
Akt. Bk. u. 1922	96.—	96.—	4 Bayern u. 1930	97.10	97.30
3½ do.	85.50	85.50	3½ "	85.50	85.40
4 Pr. Centr. Pfdbr.			3 Els. Lothr. Rente	76.70	76.75
u. 1919	94.20	94.20	4 Hessen u. 1921	97.80	97.80
3½ do. v. 1901	85.50	85.50	3½ "	85.40	85.30
4 Preuß. Pfd. Bf.			4 Württb. u. 1921	98.10	98.—
u. 1920	95.50	95.50	3½ " v. 1903	85.20	85.30
4% do. 1922	96.—	96.—	3½ Italiener	—.—	—.—
4 Preuß. Pfd. Bf.			4 Rumän. v. 1910	86.40	86.40
Comm. u. 1920	96.50	96.50	3½ Schweden v. 1886	—.—	—.—
4 Rhein. Wstf. Bd. Cred. u. 1920	94.75	94.75	4 Ungar. Kronenr.	83.—	83.10
3½ do.	85.—	85.—	4½ Argent. v. 1888	94.80	—.—
4 Westd. Bd. Crd.			5 Chinesen „ 1896	99.40	99.—
u. 1922	96.—	96.—	4½ Japaner II	92.40	92.20
3½ do. 1916	83.75	83.75	5 Merik. v. 1899	77.50	79.25
Akt. Barm. Bnkv.	116.75	116.40	Akt. Lothr. Portld.		
" Berg. Mrkbk.	152.75	152.70	Cement	134.75	136.—
" Berl. Hdlsgf.	163.10	—.—	" Oester. Südb.	22.60	22.50
" Darmst. Bank	—.—	123.—	" Oester.-Ung.		
" Deutsche "	260.40	260.35	Staatsbahn	156.40	157.—
" Disk. Comgf.	198.70	198.10	2 8/10 Lombarden	52.50	52.50
" Dresd. Bank	158.30	158.25	3 Staatsbahn		
" Int. Bk. Erbg.	152.50	152.70	Obl. (alte)	76.25	76.25
" Mittelrh. Bk.	105.25	105.—	2 4/10 gar. Ital. Obl.	—.—	—.—
" Oestr. Crdanst	—.—	—.—	4 Els. Lothr. Bod.		
" Reichsbank	142.25	142.50	Cred. Pfd.	96.50	96.50
" Rhein. Westf.			3½ do.	88.—	88.—
Disk.-Ges.	118.20	118.30	4 Frankft. Hypth.		
" A. Schaaffh.			Crd. Ver. u. 1922	96.—	96.—
Bankverein	105.50	105.—	4 Frankft. Hypbk.		
" Hmbg. Am. P.	143.80	143.80	u. 1920	96.50	96.50
" Nordd. Lloyd	126.40	125.60	4 Meing. Hyp. Bk.		
" Aumetz Fried.	168.—	168.50	u. 1922	95.60	95.60
" Dtsch. Luxbg.			3½ Meing. Hyp.		
Bergw.	144.25	144.60	Bank	86.—	86.—
" Gelsk. Bergw	195.10	195.35	4 Rhein. Hyp. Bk.		
" Harp. Brgbg.	188.40	188.10	u. 1923	95.80	95.80
" Phönix Brgb	244.—	245.50	3½ do. 1914	84.—	84.—
" Rh. Stahlw.	163.10	163.—	4 Hess. Landes-		
" Romb. Hütte	162.50	162.20	hyp. u. 1920	97.30	97.30
4½% Lahmeyer	96.75	96.75	3½ do. 1915	85.20	84.80
4½ Romb. Hütte	101.—	101.—	4 Pester Ungar.		
4 Oesterr. Goldr.	90.75	90.75	Comm. Bk. II	87.75	87.75
4 1/5 " Silberr.	87.80	87.50	**Brüssel.**	Fr.	Fr.
3% Portg. Anl. III	64.75	64.70	Akt. Aumetz Friede	816.—	—.—
4 Rumän. v. 1889	89.75	89.75	" Prince Henri	—.—	805.—
4 Russen v. 1880	88.30	88.50			

Die Bank von Elsaß und Lothringen, Filiale Metz, Römerallee 4, übernimmt Wertpapiere zur sicheren Aufbewahrung und Verwaltung, sowie verschlossene Wertsachen in Verwahrung und besorgt alle ins Bankfach einschlagenden Geschäfte.